

Protokoll

Termin Sitzung: 26. März 2015, 19 Uhr, Sitzungssaal Rathaus

Protokollführung: Karin Grunewald

Beratungsunterlagen: Anträge der Fraktionen, Anträge des Bürgers Nausester, Infos der Verwaltung zu Kosten des Bürgerbüros und interkommunaler Zusammenarbeit, Unterlagen zu Hunde-/Pferdesteuer, Gliederung Arbeit Parkraumkonzept

Teilnehmer:

Ratsmitglieder	Name	Vorname	Anwesend	Vertreten durch
CDU	Hahn	Oliver		
	Deppe	Johannes	✓	
SPD	Trefz	Rolf	✓	
	Meiger	Manfred	✓	
Grüne	Keller-Bartel	Dagmar	✓	
	Maaßen	Ursula		
FDP	Dr. Rose	Dieter	✓	
	Thurau	Oliver	✓	
BFO	Hein	Norbert	✓	
	Schreiber	Fred	✓	
Ehrenamtliche Bürger	Behrens	Gerhard	✓	
	Grunewald	Karin	✓	
	Schmitz	Dieter	✓	
Stellvertreter	Gemmer-Michel	Sabine		
	Hofmann	Bernd		
	Lappe	Markus	✓	
Verwaltung	Ahlers	Cordula	✓	
	Becker	Elke	✓	
	Krop	Annette	✓	
	Müller	H.Herbert	✓	
Personalrat	Riesinger	Elisabeth		

Inhalt

1. Organisatorisches
2. Anträge der Fraktionen
3. Weiteres Vorgehen
4. Arbeitsaufträge

Anhang: Fortlaufende Liste mit Vorschlägen für den AK Haushaltskonsolidierung/
Sparpotenzial und Potenzial zu Einnahmeerhöhungen

1. Organisatorisches

- Zuschauer haben grundsätzlich kein Rederecht, können jedoch Vorschläge jederzeit schriftlich einreichen. Wenn es der Ablauf der Sitzung erlaubt, kann die Kommission auch Zuschauermeldungen direkt berücksichtigen. Dies wurde in der Sitzung bereits praktiziert.
- In der Stellvertreterregelung sind die Sparkommissionen frei. Welche stellvertretenden Bürger im Bedarfsfall die Vertretung übernehmen, wird flexibel festgelegt.
- Auf der Internetseite Overath werden in Kürze alle Informationen und Unterlagen zu den Sparkommissionen bereitgestellt. Die Sparkommission 1 wünscht für den besseren Überblick eine thematische statt einer terminlichen Zusammenfassung der Unterlagen. Ein Versenden der im Internet eingestellten Unterlagen zusätzlich als Mail wird von der Kommission nicht als notwendig angesehen.
- Die Kommissionsmitglieder wollen weitestgehend auf Papiausdrucke verzichten.

2. Anträge der Fraktionen

2.1 Übernahme/Kostenerstattung des RBK für Aufgaben des Bürgerbüros (Auftrags-Nr. 8) - CDU

"Die Verwaltung wird beauftragt, alle Aufgaben, die durch Mitarbeiter der Stadt Overath (Bürgerbüro) für den Rheinisch-Bergischen Kreis erbracht werden, aufzulisten und zu ermitteln, ob diese durch entsprechende Leistungen des Kreises kostenneutral für die Stadt durchgeführt werden. Für den Fall, dass die Kostenerstattung nicht auskömmlich sein sollte, ist mit der Kreisverwaltung über eine Anpassung der Kostenerstattung zu verhandeln."

Informationsgrundlage und Beratungsergebnisse:

- Für Aufgaben, die von der Kommune übernommen, aber nicht vom Kreis erstattet werden, fallen pro Jahr knapp 30 Arbeitsstunden oder 860 € an
- Im Bereich Erstanträge/Verlängerung Fahrerlaubnisse besteht bei Personalkosten eine Unterdeckung von 1.650 €. 3.060 € werden gemäß bundeseinheitlicher Gebühr erstattet.
- Für das Kfz-Zulassungswesen werden die Personalkosten umfänglich erstattet
- Die Berechnungen berücksichtigen nur Personalkosten, keine Vollkosten

Vorschläge für den AK Haushaltskonsolidierung/Sparpotenzial:

- Prüfung, ob die 1.650 € Unterdeckung bei Fahrerlaubnissen vom Kreis übernommen werden können.
- Prüfung, ob die Berechnung der Kreiserstattungen auf Vollkostenbasis erfolgen kann.
- **Sparpotenzial: sehr gering**

2.2 Weitergehendes Controlling (Auftrags-Nr. 10.1) - Die Grünen

"Es ist zu prüfen, ob das GPA oder eine sonstige Institution (Ehrenamtler, Bund der Steuerzahler etc.) weitergehendes Controlling für die Stadt Overath durchführt."

Die Bearbeitung wird zurückgestellt bis zum Vorliegen der angekündigten Stellungnahme von Herrn Schreib zum Thema Controlling. Bearbeitung voraussichtlich in der nächsten Sitzung.

2.3 Interkommunale Zusammenarbeit (Auftrags-Nr. 10.2) - Die Grünen

"Es soll geprüft werden, inwieweit interkommunale Zusammenarbeit haushaltswirksam umgesetzt werden kann."

Informationsgrundlage und Beratungsergebnisse:

- Die Verwaltung legte eine Liste mit 27 Punkte zur bestehenden interkommunalen Zusammenarbeit der Stadt Overath vor.
- Das Prozedere der Kostenerstattung ist themenbezogen unterschiedlich, z.B. Teilen der Personalkosten (Rechnungsprüfung), Fallpauschalen, "Reihumzahlungen"
- Weitere Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit wurden und werden in der Verwaltung fortlaufend geprüft. Aktuell sieht die Verwaltung keine weiteren Möglichkeiten, die kostenrelevant wären oder sonstige Vorteile erzielen könnten.
- Interkommunale Zusammenarbeit ist abhängig von zeitlichen, personellen und räumlichen Gegebenheiten, die innerhalb und zwischen den Kommunen zusammenpassen müssen, sowie von rechtlichen Rahmenbedingungen. Dadurch ist nicht jede Zusammenarbeit, die theoretisch denkbar ist, auch in der Praxis sinnvoll umsetzbar.
- Wiederaufgreifen des Themas mit weiteren Informationen:
 - Prüfungsbericht der GPA, der ggf. Anmerkungen zum Thema enthält
 - Weitere Informationen zum Thema von z.B. Bund der Steuerzahler, Best Practicebeispiele

Vorschläge für den AK Haushaltskonsolidierung/Sparpotenzial:

- Beauftragung von Bürgermeister Weigt, das Thema interkommunale Zusammenarbeit auf die Tagesordnung der Hauptverwaltungskonferenz (Bürgermeister der Kommunen und RBK) zu setzen.
- **Sparpotenzial: noch nicht abschließend zu ermitteln**

2.4 Einführung kostenpflichtiges Parkraumkonzept (Auftrags-Nr. 10.4) - Die Grünen

"...gesamstädtisches Verkehrskonzept weiterzuentwickeln. Dazu gehört u.a. auch schnellstmöglich ein kostenpflichtiges Parkraum-Konzept für Overath zu erarbeiten."

Informationsgrundlage und Beratungsergebnisse:

- Die Verwaltung legte Unterlagen zu offenen Punkten, Kostenfaktoren und Vergleichskosten aus anderen Städten vor sowie die Einnahmen aus der Überwachung des ruhenden Verkehrs für die vergangenen drei Jahre.

Die Bearbeitung wird zurückgestellt bis Ergebnisse zur "Bewertung der Parksituation in Overath" vorliegen, die derzeit im Rahmen einer Master-Arbeit ermittelt werden. Dies wird nicht vor Juni 2015 der Fall sein.

2.5 Erhöhung Hunde-/Einrichtung Pferdesteuer (Auftrags-Nr. 10.14) - Die Grünen

"Die Verwaltung wird beauftragt, eine Erhöhung der Hundesteuer und die erstmalige Erhebung einer Pferdesteuer zu erarbeiten."

Informationsgrundlage und Beratungsergebnisse:

PFERDESTEUER:

- Besteuert werden sollen Pferde, die im Stadtgebiet Overath untergestellt sind - unabhängig vom Wohnsitz des Halters.
- Erfahrungswerte sind so gut wie nicht vorhanden.
- Frau Ahlers legt drei Satzungen aus anderen Kommunen vor mit einer Steuer pro Pferd und Jahr zwischen 90 und 300 €.
- Die Kommission will eine Beispielrechnung durchführen. Dafür sind die ungefähre Anzahl Pferde im Stadtgebiet zu ermitteln und alternative Steuersätze anzusetzen. Bei der Berechnung müssen neben Verwaltungskosten für Einziehen der Steuer und Kontrolle der Steuerpflichtigen weitere Aspekte berücksichtigt werden (z.B. "Abwanderung" in Ställe der Nachbargemeinden, Einnahmeausfälle/ Abwanderung wirtschaftlich von Pferdehaltern abhängiger Betriebe, rechtliche Grundlagen, mögliche Prozesskosten bei Klagen)
- Das Thema wird in der nächsten Sitzung erneut aufgegriffen.

HUNDESTEUER:

- Frau Ahlers benennt die Zahl der in Overath angemeldeten Hunde mit ca. 1.900.
- Im Vergleich zu anderen Kommunen (Vorlage der Verwaltung) liegt Overath hinsichtlich der Höhe der Hundesteuer eher im unteren Bereich.
- Eine Erhöhung der Hundesteuer führt zu keinen zusätzlichen Kosten in der Verwaltung.

Vorschläge für den AK Haushaltskonsolidierung/Potenzial zur Einnahmeerhöhung

- Prüfung der Erhöhung der Hundesteuer
- **Potenzial für Einnahmeerhöhung: rund 19.000 € pro 10 € Erhöhung pro Hund.**

2.6 Umstellung Winterdienst auf von Grundsteuer- auf Gebührenbasis - Antrag Bürger Nausester

"Finanzierung des Winterdienstes auf Gebührenbasis, so wie vor der Umstellung."

Die Bearbeitung wird zurückgestellt bis Teil 1 des Antrags in Sparkommission 4 bearbeitet wurde.

3. Weiteres Vorgehen

- Die Sparkommission schließt sich dem Vorschlag von Herrn Thureau an, das in der Stadt vorhandene Benchmarksystem zu nutzen. Dieses liefert Daten Kennzahlen inklusive Vergleichen mit anderen Kommunen. Sie werden von einem externen Dienstleister für alle Leistungsbereiche und auf gesetzlich genormter Produktbereichsebene geliefert. Die Datenbasis für das System ist der Jahresabschluss von 2012. Die Kommission will dadurch zum einen ein methoden- und faktenorientiertes Vorgehen sicher stellen, und zum anderen Felder identifizieren können, in denen die Ausgaben der Stadt Overath überdurchschnittlich sind, um sie im Anschluss mit den konkreten Haushaltszahlen näher untersuchen zu können.

- Fragen oder Vorschläge der Kommissionsmitglieder können im Vorfeld der Sitzungen per Email an Herrn Hein und Herrn Schmitz gesandt werden.

4. Arbeitsaufträge

- Frau Grunewald: Informationen vom Bund der Steuerzahler zum Thema interkommunale Zusammenarbeit
- Frau Ahlers: Nachfrage bei der GPA hinsichtlich deren Berücksichtigung von Vorschlägen zu interkommunaler Zusammenarbeit im Prüfungsbericht.
- Frau Ahlers: Befragung von Tierärzten und Kreisveterinär zur ungefähren Anzahl der in Overath gehaltenen Pferde und grobe Schätzung der durch die Erhebung einer Pferdesteuer entstehenden Verwaltungsausgaben
- Frau Ahlers: Beschaffung von Kennzahlen aus dem Benchmarksystem und Bereitstellung für die Kommissionsmitglieder.

Nächster Termin: Donnerstag, 23. April, 19 Uhr
Ort wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Overath, 28. März 2015

ANHANG

Fortlaufende Liste:

Vorschläge für den AK Haushaltskonsolidierung/Sparpotenzial und Potenzial für Einnahmeerhöhung

Auftrag	Effekt	Potenzial
Bürgerbüro: Prüfung, ob die 1.650 € Unterdeckung bei Fahrerlaubnissen vom Kreis übernommen werden können.	Kostendeckung	1.650 €
Bürgerbüro: Prüfung, ob die Berechnung der Kreiserstattungen auf Vollkostenbasis erfolgen kann.	Höhere Einnahmen	??
Interkommunale Zusammenarbeit: Beauftragung von Bürgermeister Weigt, das Thema interkommunale Zusammenarbeit auf die Tagesordnung der Hauptverwaltungskonferenz (Bürgermeister der Kommunen und RBK) zu setzen.	Höheres Bewusstsein, Systematisierung, Chance auf zukünftige Einsparungen	Keine direkte monetäre Auswirkung
Hundesteuer: Prüfung der Erhöhung der Hundesteuer	Höhere Einnahmen	19.000 € (pro 10 € pro Hund)